



REGION

BASEL-STADT, BASELSTADT, BASELSTADT, SCHWARZBUBENLAND

Baselland saniert PK der Uni-Mitarbeiter

Landrat Mit dem Ja zum Pensionskassen-Beitrag ist der 80-Millionen-Deal zwischen beiden Basel unter Dach und Fach

VON HANS-MARTIN JERMANN

Das ist für die 80-Millionen-Vereinbarung zwischen beiden Basel der Durchbruch: Der Kanton Baselland beteiligt sich an der Sanierung der Pensionskasse für die Mitarbeitenden der Universität Basel. Der Landrat genehmigte gestern Vormittag mit 58:21 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Zusatzfinanzierung über insgesamt 15 Millionen Franken für die Jahre 2017 bis 2021; also 3 Millionen Franken pro Jahr. Denselben Beitrag schiesst der Kanton Basel-Stadt ein. Dieser Zusatzbeitrag ist nötig, um bei der Sanierung der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt (PKBS), in der die unbefristet angestellten Uni-Mitarbeitenden versichert sind, drohende Abstriche für die Angestellten abzufedern.

SVP: Weshalb bezahlt Uni nicht?

Das Ergebnis war letztlich deutlich, die Debatte zuvor im Baselländer Parlament dennoch kontrovers. Vonseiten der SVP wurde gar die «Legitimation dieses Geschäfts» bestritten, wie ihr Sprecher Hanspeter Weibel (Bottmingen) sagte. Er fragte sich, weshalb die Uni für das Pensionskassen-Loch ihrer Mitarbeitenden nicht selber aufkomme, schliesslich mache der dazu nötige Beitrag bloss ein Prozent des Globalbudgets aus.

Umgekehrt sei zu befürchten, dass der eingeschossene Beitrag für eine nachhaltige Sanierung nicht ausreiche, das Ganze folglich ein Fass ohne Boden sei. «Offensichtlich kann die Uni mit dem Geld der Steuerzahler nicht umgehen», folgerte Weibel. Auch war ein gewisser Ärger auszumachen, dass man über die Pensionskassen-Sanierung nicht unabhängig vom 80-Millionen-Deal befinden könne. «Der Deal hängt wie ein Damoklesschwert über dem PK-Geschäft», fügte Weibel an.

Die Sprecher der anderen Fraktionen stützten demgegenüber den zuvor bereits von der Regierung abgesetzten Zusatzbeitrag an die PK. Die vorgeschlagene Lösung stelle keine Luxus-Variante dar, die Uni-Mitarbeitenden würden damit sowohl gegenüber den Basler als auch den Baselländer Staatsangestellten schlechter gestellt, sagte Roman Brunner (SP, Birsfelden). Dies auch deshalb, weil die Uni-Mitarbeitenden für die Hälfte des Sanierungsbetrags selber aufkommen müssen. Auf Weibel antwortend fügte er an, dass das Geschäft zwar jüngst mit dem Regierungsdeal verbunden worden sei, das Problem aber unabhängig davon bestehe.

Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) erinnerte daran, dass die Regierung beider Basel den Beitrag von den ur-



Die Universität Basel besteht nicht «bloss» aus Studierenden, sondern ist auch Arbeits- und Forschungsstätte für 2900 Mitarbeitende (Vollzeitstellen). Deren Pensionskasse sanieren nun die beiden Basel als Trägerkantone zur Hälfte. Die andere Hälfte tragen die Arbeitnehmer selber.

ZVG/CHRISTIAN FLIERL

sprünglich beantragten 61 Millionen Franken auf 30 Millionen gedrückt hätten. Auf eine Wertschwankungsreserve sei bewusst verzichtet worden. «Als Trägerkanton stehen wir in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Universität ihren personalpolitischen Pflichten nachkommen kann», appellierte Gschwind. Würde der Zusatzbeitrag nicht gesprochen, könne die Uni den bis 2017 geltenden Leistungsauftrag nicht erfüllen. Mit Blick Richtung SVP merkte Paul Hofer (FDP, Oberwil) an: «Wer sich daran stört, wie die Uni Basel heute funktioniert, soll allfällige Korrekturen einbringen, wenn wir über den neuen Leistungsauftrag diskutieren.»

5 Millionen an ETH-Department

Mit dem Ja des Landrats zum Pensionskassen-Geschäft ist der Regierungsdeal beider Basel, wonach in den kommenden

34

Millionen Franken steckt der Kanton Baselland in die drei mit dem Regierungsdeal verbundenen Geschäfte. Abgesehen vom Geld für die Pensionskassen-Sanierung können diese Beiträge als Investitionen in den Forschungsstandort betrachtet werden.

vier Jahren insgesamt 80 Millionen Franken an Entlastungsbeiträgen ins Baselbiet fließen sollen, praktisch unter Dach und Fach. Der PK-Sanierungsbeitrag stellt die umstrittenste von drei vertraglichen Bedingungen für die Zahlungen der Stadt an den Landkanton dar. Die beiden anderen betreffen Investitionen in den ETH-Standort Basel sowie Subventionen an das Swiss Tropical and Public Health Institut.

Mit 83 zu 0 Stimmen sagte der Landrat gestern Ja zur Investition von 5 Millionen Franken an das Departement für Biosysteme der ETH am Standort Basel. Die Parlamentarier sprachen von einer lohnenden Investition in den Life-Science-Standort Basel. Basel-Stadt wirft auch bei diesem Geschäft denselben Betrag ein. Damit soll dem ETH-Department eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, bis das sich im Bau befindliche neue ETH-For-

schungszentrum auf dem Basler Schällemätteli-Areal bezogen werden kann.

14,52 Mio. für das Tropeninstitut

Noch nicht abgestimmt hat der Landrat über das dritte mit dem Deal verbundene Geschäft, einer Subvention von 14,52 Millionen Franken an das Tropeninstitut für die Jahre 2017 bis 2020. Die zunächst skeptische SVP signalisierte, diesem Geschäft doch noch zuzustimmen. Es kommt noch dieses Jahr in den Landrat. Der Regierungsdeal beinhaltet neben den drei genannten Geschäften zudem den Verzicht des Landkantons, den Universitätsvertrag sowie die Kulturvertragspauschale mit Basel-Stadt aufzukündigen. Sowohl für die Uni als auch für die grossen subventionierten Kulturinstitutionen wollen die beiden Basel eine neue, langfristige tragbare Finanzierung aushandeln.

Knatsch um Scotty's Burger

Stühle Der ehemalige FCB-Star Scott Chipperfield darf nicht mehr draussen bestuhlen. Denn seine Sitzmöbel stören das Gastgewerbeinspektorat.

VON BEN ROSCH

Seit über drei Jahren steht auf der Plattform vor dem Eingang in die Sektoren C und G «Scotty's Corner». Dort wollte Scott Chipperfield die Fans mit seinen australischen Burgern bewirten. Auch wenn die ehemalige FCB-Legende eher selten in seiner Beiz anzutreffen ist, hat sich die Ecke beim St. Jakob-Turm zu einem Treffpunkt für Fans entwickelt, die dort vor oder nach dem Match ein-

kehren. Nicht nur im Sommer, auch bei den aktuellen Temperaturen sassen auf den Festbänken die Matchbesucher. Damit ist vorderhand Schluss. «Wir wurden vom Gastgewerbeinspektorat informiert, dass wir keine Tische und Stühle mehr vor dem Imbiss aufstellen dürfen», sagt Andrea Roth, Sprecherin des FC Basel. Denn auch wenn die Burgerbude auf Chipperfields Namen lautet, ist es das Catering des Fussballclubs, das die Ware liefert - sprich Wassermann Company. Burger, Bier und Pommes wirds dennoch auch weiterhin geben. Marc Keller, Sprecher des Baudepartements, sagt auf Anfrage: «Es wurde keinerlei Bewilligung entzogen. Die Ausgabe von Speisen und Getränken wird wie bisher weiterhin stattfinden. Lediglich die Anzahl der Stehti-

sche, die vor «Scotty's Corner» stehen, müssen definiert werden.» Diese stehen auf Allmend.

Gründe unklar

Offenbar hat sich ein Anwohner des St. Jakob-Turms über den Gastro-Betrieb beschwert, weshalb beim Match gegen Luzern erstmals keine Festbänke vor den Türen von «Scotty's Corner» standen. «Mir hat das Personal vor Ort gesagt, dass aus Sicherheitsgründen keine Stühle mehr vor dem Burgerstand stehen dürfen - für mich völlig unverständlich», sagt ein Stammgast. Er ärgert sich darüber, dass nach drei Jahren plötzlich Schluss sein soll mit der Festwirtschaft unter freiem Himmel. Das Gastgewerbeinspektorat macht für seinen Entscheid keine Be-



Scotty und einer seiner Burger.

KEFALAS/KEYSTONE

gründung publik, was gemäss Keller der üblichen Praxis entspricht. Wie lange dieser Zustand anhalten soll, ist unklar. Chipperfield selbst war für eine Stellungnahme nicht erreichbar, da er

zurzeit in Australien weilt. Sollte dieser Zustand für den Burgerstand weiter gelten, käme der Burgerbrater wohl in Nöte: Im Lokal selbst fehlt Platz, für sitzende Gäste.